

Diffamierung der GEW?

hlz 3-4/2010, S.41

Liebe Vorsitzende der GEW Hamburg!

An den Diskussionen der vergangenen Jahre innerhalb verschiedener Gremien der GEW über die Geschichte des Gebäudes in der Rothenbaumchaussee 19 habe ich nicht teilgenommen. Allerdings habe ich die von euch kritisierte Buchveröffentlichung weitgehend gelesen. Eine (allgemeine) Abrechnung mit der GEW kann ich dort nicht entdecken, wohl aber eine grundsätzliche Kritik der in den letzten Jahren gefassten Beschlüsse der verschiedenen Gremien zur Rothenbaumchaussee 19.

Als einfaches Gewerkschaftsmitglied fühle ich mich von der Veröffentlichung auch nicht diffamiert („Diffamierung der GEW“). Vielmehr finde ich es unbefriedigend und bedauerlich, dass ihr inhaltlich nicht Stellung bezieht. Diese zusammenfassende Darstellung von Nette und Romey stellt eure Position

(„Die Frage ist ja immer, ob die Vorbesitzer unter Zwang dieses Haus verkaufen mussten, zu einem viel zu geringen Preis. Unsere Untersuchungen haben ergeben, dass da große Zweifel darüber bestehen, weil diese Zwangssituation in dem konkreten Fall, aus unserer Sicht jedenfalls, offensichtlich nicht vorgelegen hat.“ - Klaus Bullan in der NDR-Info-Sendung *Schat Schalom* am 4. Mai 2007) hinsichtlich Ro 19 in Frage. Dazu bezieht ihr nicht Stellung.

Wenn auf der Gedenktafel über Ro 19 und seine jüdischen Vorbesitzer steht: „Sie ver-

kauften es 1935 in einer Zeit zunehmenden antisemitischen Verfolgungsdrucks unter Wert an den Nationalsozialistischen Lehrerbund. Die Vorbesitzer ... flohen 1936/7 vor dem NS-Terror zunächst in die Schweiz, von dort in die USA.“ erscheint mir der von Romey und Nette befürchtete Paradigmenwechsel des Landesvorstandes hinsichtlich Ro 19 offensichtlich. Dass durch die Veröffentlichung von Romey und Nette die *Achtung anderer Positionen* („achten wir alle Meinungen und Auffassungen über die Geschichte des Hauses der Rothenbaumchaussee und die Schlussfolgerungen, die daraus zu ziehen sind“) *sträflich verletzt* wird, kann ich nicht erkennen.

Ist es „sträflich“ eine Position, die den antisemitischen Verfolgungsdruck der Nationalsozialisten gegenüber den jüdischen Vorbesitzern des Hauses Ro 19 bestreitet, abzulehnen?

Mit gewerkschaftlichem Gruß!
STEPHAN STÖCKER
Gesamtschule Harburg

Auch das kleinere Übel hat Grenzen

hlz 3-4/2010, S.3

Nachdem grundsätzliche Erklärungen dazu, warum die GEW die Forderung "Eine Schule für alle" zurückgestellt hat, abgegeben worden sind, erwarte ich nicht, dass bei jedem Rück- oder Seitschritt, den wir um des Primarschul-Erfolgswillens machen, noch einmal auf unsere 'eigentlichen' Schulreformziele hingewiesen wird. Das ist geschenkt! Dass nun aber neben der Reduzierung des gemeinsamen Lernens auf das kleinere Übel von 6 (statt 4) Jah-

ren auch noch "... die Berücksichtigung des Elternwillens..." als "... wichtige Verbesserung des Schulgesetzes..." von Klaus Bullan gewertet wird – das geht mir zu weit! Haben wir als GEW nicht 'mal den Elternwillen als zumindest erschwerend für den Umbau des Schulwesens hin zu einer Schule für alle eingeschätzt, gerade weil es einem Teil(!) der Elternschaft eben nicht um "... größere(n) soziale(n) Gerechtigkeit in der Schule ..." geht?! Und was sich seit Gründung von Wwl (Wir wollen...) mit dem Ziel, soziale Ungerechtigkeit zu zementieren, abspielt, toppt meine bisherigen Erfahrungen mit unverstellter schamloser Verteidigung von Standes-Interessen und -Privilegien. Ja – wir schlucken auch diese Kröte, den Elternwillen. Er ist ja nur konsequent, solange es nicht nur **eine** Schule für alle Kinder und Jugendlichen gibt. Aber ihn "eine Verbesserung" zu nennen – damit nähern wir uns dem größeren Übel: der Selbstaufgabe!

SUSANNE BERG
GS Steilshoop

P.S. Ich habe ausdrücklich nicht darüber geschrieben, ob Empfehlungen von LehrerInnen-Seite grundsätzlich valider sind als der Wille der Eltern.

Referendare für Schulreform

Auch wenn die bevorstehende Schulreform lediglich als unzulänglicher Kompromiss angesehen werden könne, sei es ein Schritt in die richtige Richtung, so eine Resolution der Hamburger Referendare. Die Primarschule zeige die Stoßrichtung

der Neuordnung mit längerem gemeinsamen Lernen und späterer Differenzierung der Schüler. "Aus diesem Grund möchten wir als Pädagogen der Zukunft unsere Empfehlung geben, am Tag des Volksentscheids für die Schulreform zu stimmen." Der Vorsitzende des Personalrats, Philipp Semerakder, bezeichnete die Resolution "als wichtiges Signal". "Die jetzigen Umstände festigen eine soziale Selektion."

Die geplanten Änderungen am Schulsystem machten Hamburg zu einem Leuchtturm für ganz Deutschland.

Entmythologisiert

Laufend neue Unterschriften

von Ärzten erhält ein Gegenaufruf gegen die „Besorgnis“ der 47 ärztlichen Primarschulgegner. Das frühe Lernen von alten Sprachen sei ein Mythos.“Im Mekka der Medizin, den USA, spricht keiner Latein.“(Prof.Christian Haase,UKE) Elitäre Abgrenzung statt sozialer Verantwortung, Ignoranz gegenüber evidenzbasierten Studien zum Erfolg längeren gemeinsamen Lernens und Angsterzeugung („Primarschule treibt Mediziner aus Hamburg“) bei Patienten widersprächen medizinischen Grundwerten.

Zu schlau

Hiobsbotschaften zur Ausbildungsplatzsituation sollten

skeptisch gesehen werden. Das Abendblatt bspw. berichtete über eine Realschülerin, die seit über einem Jahr einen Ausbildungsplatz sucht. Sie will Buchhändlerin oder medizinische Fachangestellte werden. Schuld sei sie selbst, so die Handelskammer, weil es ihr an Flexibilität fehle. Das seien Traumberufe. Gebäudereiniger oder Lagerist seien dagegen wenig gefragt.

Laut Rolf Steil, Chef der Hamburger Agentur für Arbeit, sind derzeit 2.285 Jugendliche nicht vermittelt. Tatsächlich sind von 4.655 gemeldeten BewerberInnen bisher erst nur 855 in eine Ausbildung eingemündet. D.h., 3.800 Jugendliche haben noch keinen Ausbildungsplatz!